

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause konnten wir ein Meilenstein-Projekt im Bundestag verabschieden: Die Grundrente kommt! Denn wer sein Leben lang hart gearbeitet, Kinder aufgezogen und sich um Angehörige gekümmert hat, darf im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein. Ich bin stolz, dass Bundesminister Hubertus Heil und unsere Sozialpolitikerinnen und -politiker sich gegen die CDU durchgesetzt haben.

Und: Wir haben in der letzten Sitzungswoche den zweiten Nachtragshaushalt beschlossen. Durch meine Aufgabe als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion konnte ich diesen aktiv mitgestalten. Auf Seite zwei lest ihr mehr über die Beschlüsse.

Nun ist die parlamentarische Sommerpause da - und für viele auch der Sommerurlaub. Dieses Jahr wird er anders aussehen als geplant. Die Reise ins Ausland ist zwar erschwert, aber dafür kann man auch in Deutschland, und natürlich besonders im Nordwesten, schönen Urlaub machen. In diesem Sinne wünsche ich euch eine schöne und entspannte Sommerzeit!

Euer Dennis

— An Erfolge anknüpfen

Auch 2021 bewerbe ich mich um das Direktmandat für den Wahlkreis

Seit 2013 vertrete ich Oldenburg und das Ammerland im Deutschen Bundestag. Ist es uns 2013 noch denkbar knapp gelungen, das Direktmandat zurückzuerobern, haben wir die Konkurrenz 2017 deutlich auf die Plätze verwiesen. An diese Erfolge will ich anknüpfen – und mich bei der Bundestagswahl 2021 erneut um das Direktmandat bewerben.

Abgeordneter für Oldenburg und das Ammerland zu sein, ist mir eine große Ehre. Ich übe mein Mandat jeden Tag aus vollem Herzen aus. Mein Ansporn sind all die Dinge, die ich für unsere Region und die Menschen hier erreichen kann. Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind immens. Die Corona-Pandemie hat uns die Verletzlichkeit unserer Art

zu wirtschaften und auch unserer Art zu leben vor Augen geführt. In den kommenden Monaten wird unsere ganze Kraft der Bekämpfung der Pandemie und dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft gelten. Als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion will ich meinen Beitrag leisten, damit die Herausforderungen nicht einseitig zu Lasten der Schwächsten unserer Gesellschaft gelöst werden.

Die Vorstände der SPD in der Stadt Oldenburg und im Ammerland haben bereits signalisiert, dass sie meine erneute Kandidatur unterstützen. Darüber freue ich mich sehr. Gemeinsam sind wir stark – und gemeinsam holen wir auch 2021 wieder das Direktmandat!

Unser zweiter Nachtragshaushalt

Unterstützung für Familien, Unternehmen und Gemeinnützige



Foto: S. Hofschläger / pixelio.de

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 beschlossen. Konkret stellen wir 217,8 Milliarden Euro bereit, um Deutschland wieder in Schwung zu bringen.

Die Bundesregierung hatte wichtige Vorschläge gemacht, die wir im Parlament unterstützt haben – z.B. den Kinderbonus von 300 Euro, die Mehrwertsteuerabsenkung und die Entlastungen der Kommunen bei den Gewerbesteuerausfällen. In unzähligen Telefonaten haben mir Betroffene aus dem Wahlkreis in den letzten Wo-

chen mitgeteilt, wo die Politik nachbessern muss. Deshalb haben wir als Parlament noch einmal bei einigen Punkten nachgeschärft:

So retten wir mit zusätzlichen 100 Millionen Euro ergänzend zu den Überbrückungshilfen gemeinnützige Einrichtungen. Das betrifft etwa Jugendherbergen, Schullandheime und andere Jugendbildungsstätten. Auch Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe erhalten parallel zu den Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen Zuschüsse. Zudem stecken wir 750 Millionen Euro in den Ausbau der Ganz-

tagsbetreuung und investieren 720 Millionen Euro in den Ausbau von Schienen, Brücken, Bahnhöfen und Straßen. 800 Millionen Euro stehen bereit um Sportstätten zu sanieren und semi-professionellen Vereinen zu helfen, deren Zusauereinnahmen weggebrochen sind. Im Bereich Kultur stellen wir eine Milliarde Euro zur Verfügung, um kulturelle Einrichtungen und ihren Mitarbeitern einen Neustart zu ermöglichen.

Ebenso geben wir mehr Geld im Bereich der Rassismusforschung aus, um den Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft zu bekämpfen.

HINTER DEN KULISSEN Zwischenfragen und -bemerkungen

Austausch mit der AfD-Fraktion in meiner jüngsten Rede



In meiner jüngsten Rede in der Debatte zum Nachtragshaushalt habe ich mich auch mit der AfD auseinandergesetzt. In diesem Kontext möchte ich die parlamentarischen Begriffe der Zwischenfrage und -bemerkung erklären.

Während eines Debattenbeitrages können die Abgeordneten Zwischenfragen stellen. Diese kurzen und präzisen Fragen, die von Bedeutung für die Debatte sein müssen, werden von dem Präsidenten des Bundestages, in diesem Fall Wolfgang Schäub-

le (CDU), an die Rednerin oder den Redner weitergegeben. Der Abgeordnete darf entscheiden, ob er die Frage zulässt. Während meiner Rede hatte ich die fehlende Arbeitsmoral des Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Boehringer (AfD) kritisiert, da dieser in Sitzungen oft stundenlang abwesend war. Herr Boehringer wollte darauf eine Zwischenfrage stellen. Diese habe ich nicht zugelassen, um meine Rede zunächst zu beenden.

Nun hatte Herr Boehringer die Möglichkeit im Anschluss meiner Rede

mit einer Zwischenbemerkung zu Wort zu kommen. Herr Boehringer hat unter dem Gelächter des Plenums gefordert: „Machen Sie einfach mal ein bisschen weniger Haushalte; dann hätten wir auch etwas kürzere Sitzungen.“ In meiner Antwort habe ich klargestellt, dass Herr Boehringer sich die Fakten nicht beliebig aussuchen kann – und seine Ämter besser trennen sollte.

Meine Rede und die Auseinandersetzung mit der AfD findet ihr online: www.dennisrohde.de/reden

Förderung von erneuerbaren Energien

Das sind unsere Pläne für Wind- und Solarkraft



Foto: Petra Bork / pixelio.de

Der SPD-Fraktion ist es gelungen, sich gegen die Union für eine zügige und bedingungslose Abschaffung des sogenannten Solardeckels einzusetzen. Jetzt ist es beschlossene Sache: Der 52-Gigawatt-Deckel beim Solarstrom fällt zukünftig weg. Es kann also auch nach dem Erreichen von 52 Gigawatt Solarstrom weiterhin der Aufbau von Photovoltaik-Anlagen gefördert werden. Um den Ausbau von Windrädern zu erleichtern, wurde die Einführung einer Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch für Windenergie an Land beschlossen. Diese räumt den Ländern die Möglichkeit ein, Mindestabstände von bis zu 1000 Metern

zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihren Landesgesetzen aufzunehmen. Eine strikte bundesweite 1.000-Meter-Abstandsregelung bei Windkraft, die den Ausbau blockieren würde, ist damit vom Tisch.

Um eine umweltschonende Energieversorgung effizient umsetzen zu können, müssen die energetischen Anforderungen an Gebäuden einheitlich abgestimmt werden. Dazu werden das bisherige Energieeinspargesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in einem neuen Gebäudeenergie-

gesetz zusammengeführt. Das Ziel ist dabei noch immer, einerseits den Energiebedarf von Gebäuden zu minimieren und andererseits möglichst viel erneuerbare Energie zu nutzen.

Des Weiteren werden die energetischen Anforderungen für Neubauten und Bestandsgebäude im Jahr 2023 überprüft und der Einbau neuer Ölheizungen ab dem Jahr 2026 untersagt. Das ist bedeutend, denn die Energieeffizienz von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele in Deutschland zu erreichen. Bis 2050 soll der Gebäudesektor weitestgehend klimaneutral sein.

Rechtsextremismus und Hass bekämpfen

Mehr Rechtsstaat im Netz



Foto: Alexander Klaus / pixelio.de

Immer häufiger wird die politische Debatte in soziale Netzwerke verlagert. Dabei muss auf einen respektvollen Umgang miteinander geachtet werden, jedoch verstecken sich einige Menschen hinter der Anonymität im Netz.

Wir schauen aber nicht tatenlos zu, wie sich Hass und Hetze im Internet ausbreiten. Die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen, wie schnell aus Worten Taten werden. Der Bundestag hat deshalb auf Initiative von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht

das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen. Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Und nicht selten werden aus diesen Worten auch Taten. Im Schnitt kommt es in Deutschland jeden Tag zu zwei rechtsextremen Gewalttaten.

Mit dem Gesetz wird das Strafrecht verschärft, sodass Hetze und Bedrohungen im Netz künftig effektiver verfolgt werden können. Auf Mord- und Vergewaltigungsdrohungen

stehen höhere Freiheitsstrafen und Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden besser vor Anfeindungen bewahrt, da auch ehrenamtliches Engagement geschützt werden muss. Auch online verkündigte antisemitische Tatmotive können künftig strafschärfend von den Strafgerichten berücksichtigt werden. Zudem sollen die Plattformen, auf denen Hasspostings veröffentlicht werden, stärker in die Pflicht genommen werden. Hetzerische sowie strafbare Inhalte sollen dem Bundeskriminalamt gemeldet werden.



Unternehmen in der Region kämpfen gegen Corona

Besuch bei JUTEC in Rastede

Die Nachfrage nach Schutzmasken ist in den letzten Monaten aufgrund der Corona-Pandemie stark gestiegen. Da es durch die hohe globale Nachfrage zu Lieferengpässen kam, fiel der Blick auf regionale Unternehmen, die ihre Produktion auf wiederverwendbare medizinische Gesichtsmasken und Mehrweg-„Community-Masken“ umstellen.

Die Firma JUTEC aus Rastede, die ich mit meiner Kollegin aus dem Niedersächsischen Landtag, Karin Logemann, besucht habe, hat ihre Produktion den Bedürfnissen angepasst umgestellt. Wo sonst Hitzeschutzbe-

kleidung und Laserschutzprodukte vom Band rollen, werden nun wiederverwendbare Masken für den privaten und den medizinischen Gebrauch hergestellt.

Die lokale Herstellung von Schutzkleidung wie Masken und Kitteln ist eine wichtige Stütze für den Nordwesten und für Deutschland. So sind wir im Ernstfall vorbereitet und in der Zukunft nicht auf Unterstützung von außerhalb angewiesen. Das zukunftsorientierte und nachhaltige Konzept der Masken-Herstellung von JUTEC ist ein Vorbild für innovative Prozesse in der Herstellung.

Ein effektiveres Asylsystem für die Europäische Union

Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion

Ziel der SPD-Fraktion ist es, das Dublin-System durch ein funktionierendes gemeinsames europäisches Asylverfahren abzulösen. Das Asylsystem soll so vernetzter und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer richtigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.

Es sollen EU-weit Asylzentren geschaffen werden, die sich am deutschen Standard orientieren. Dabei soll ein Asylverfahren maximal drei

Monate dauern. Wichtig ist, dass jedem Asylsuchenden auf Wunsch Rechtsbeistand bereitgestellt wird. Erst bei positivem Ausgang des Verfahrens soll eine Verteilung auf die Mitgliedstaaten erfolgen.

Wenn sich EU-Mitgliedstaaten gegen eine Aufnahme von Asylsuchenden aussprechen, müssen sie als Gegenleistung das Projekt über den EU-Haushalt mitfinanzieren. Nur das ist solidarisch, denn es kann nicht sein, dass Einzelne sich verweigern.

Gemeinsam mit der Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung will die SPD-Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr ausgewählten Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten wieder einen „**Blick hinter die Kulissen der Politik**“ ermöglichen.

Bereits tätige oder noch studierende junge Journalistinnen und Journalisten kommen dabei mit Politikerinnen und Politikern aus der SPD-Bundestagsfraktion und den Ministerien ins Gespräch und erhalten einen Einblick in ihren Arbeitsalltag im Deutschen Bundestag bzw. in der SPD-Bundestagsfraktion.

Aufgrund der Corona-Epidemie wird die „Hospitanz“ dieses Jahr zwischen dem 7. September und dem 18. September als „Webinar“ angeboten.

Die Bewerbungen laufen über die Journalisten-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die diese Hospitanz als Teil ihres Fortbildungsprogramms anbietet. Der Bewerbungsschluss ist der 24. Juli 2020. Interessierte können sich online auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung informieren: www.fes.de/veranstaltungen

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: wahlkreis@dennis-rohde.de

@ www.dennisrohde.de

f facebook.com/dennis.rohde

t twitter.com/dennisrohde